



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039 890

P/VIII/234 - 8.10.53

Hinweise
auf den Inhalt:

Nach der Wahl des Bundeskanzlers	S. 1
Norwegische Wahlen	S. 3
Das Ende einer Verleumdung	S. 4

Zur Wahl des Bundeskanzlers am Freitag

Die zweite Kanzlerschaft

(sp) Der Kanzler der zweiten deutschen Bundesregierung heißt wieder Konrad Adenauer, mit dem Unterschied, daß aus der denkbarst geringen Mehrheit von einer Stimme im Jahre 1949 eine in der parlamentarischen Geschichte ungewöhnlich große Mehrheit geworden ist. Die Antwort auf die Frage, wie es dazu gekommen ist, war der Hauptgegenstand der Analysen des Wahlergebnisses vom 6. September. J e t z t interessiert vorwiegend der Zukunftsaspekt.

Das Bild ist weitgehend vorgezeichnet. Stärker noch als bisher wird die Person des Kanzlers den Inhalt der Regierungspolitik bestimmen, denn der 6. September war vor allem ein Erfolg für ihn persönlich. Rücksichten auf abweichende Meinungen in der kommenden Koalition werden Dr. Adenauer in wichtigen Fragen nicht beeinflussen. Daß dies bei einem für ihn erfolgreichen Ausgang der Wahlen so sein werde, wußte man gerade in seiner Umgebung sehr genau. Aber nicht nur die gewachsene Gleichgültigkeit gegenüber anderen Auffassungen bei den 'kleinen Verbündeten' wird ein wesentliches Kennzeichen der zweiten Kanzlerschaft Adenauer sein, hinzu wird eine weiter verminderte Bereitschaft kommen, Ratschlägen aus dem eigenen Lager aufmerksam zuzuhören und sie womöglich zu befolgen - es sei denn, sie kommen aus dem engsten Freundes-

kreis, wie er durch die Namen Pferdenges und Globke charakterisiert wird. Wenn schon in den früheren Jahren von den verschiedensten Seiten Bedenken gegen die viel zitierte Methode der einsamen Beschlüsse erhoben wurden, so wird dazu in Zukunft noch weit mehr Anlaß vorliegen.

Das, was bisher inoffiziell und schon vor der ersten Regierungserklärung über die Vorstellungen des zweiten Adenauer-Kabinetts bekanntgeworden ist, heißt in der Quintessenz: Fortsetzung der bisherigen Außen- und Wirtschaftspolitik, verstärkte Anstrengungen im sozialpolitischen Bereich und das Versprechen, die zugefallene politische Macht nicht zu mißbrauchen, sich "zu mäßigen". Auf die beiden ersten Punkte soll hier nicht eingegangen werden. Bei der Sozialpolitik erinnert man sich, daß auch am Beginn der Arbeit der ersten westdeutschen Regierung nicht nur vage Zusagen, sondern sogar ein festumrissenes Programm, das von Ahlen, gestanden hat, und hätte man sich in der ersten Legislaturperiode aufrichtig um die Verwirklichung dieses Programms bemüht, brauchte man heute nicht so auffällig beflissen und schnell gerade diesen Punkt in den Vordergrund zu rücken. Hier war offenbar das schlechte Gewissen der Motor.

Man muß abwarten, was aus dem Versprechen wird. Die eingegangenen internationalen vertraglichen Verpflichtungen, etwa in der Montan-Union oder im EVG (Wehrbeitrag), ziehen hier feste und enge Grenzen und schaffen große objektive Schwierigkeiten, zu tun, was man zu tun verspricht. Immerhin wird es genug Gelegenheit geben, die Aufrichtigkeit von Beteuerungen zu beweisen: Bei der Verbesserung der Versorgung der Kriegsoffer und der Rentner, in der Entschädigung der heimgekehrten Kriegsgefangenen, in der konsequenten Förderung des sozialen Wohnungsbaues und auf vielen anderen Gebieten. Hier gäbe es durchaus Ansatzpunkte für eine gute, wie man zu sagen pflegt konstruktive Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition. Die Mitteilungen des amtierenden Bundesfinanzministers über die schlechte Finanzlage des Bundes, seine Warnungen vor Neuausgaben und dies alles gerade in diesem Augenblick, zeigen schon klar, daß man mit heftigsten Widerständen an der maßgebenden Stelle der Bundesregierung rechnen müssen, wenn es gilt, die materiellen Konsequenzen aus den schönen Worten über eine zu aktivierende Sozialpolitik zu ziehen.

Was schließlich die zugesagte autoritäre Abstinenz, wenn man so sagen darf, anlangt - auch wenn man den ernsten Willen dazu anerkennt, so liegt doch gerade die große Schwierigkeit, jene Enthaltensamkeit zu üben, in der so ausgeprägt selbstbewußten, ja herrischen und im Grunde unparlamentarischen Natur des Kanzlers selbst. Leider kommen die parlamentarische Kräfteverteilung im neuen Bundestag und das Fehlen von wirklich selbständigen Persönlichkeiten in der CDU, soweit es sich nicht um einige eigenwillige Regierungsmitglieder wie Erhard und Schäffer handelt, diesem Grundzug Dr. Adenauers noch entgegen.

Norwegen wählt am 12. Oktober

KRK - Oslo

Am 12. Oktober, kommenden Montag also, wählt das norwegische Volk sein Storting. Die regierende Arbeiterpartei darf dem Ergebnis mit Zuversicht entgegensehen.

Seit 1935 ist die Arbeiterpartei an der Macht. Teils geschah die Machttausübung im Rahmen einer Koalition, teils regierte die Sozialdemokratie als Minderheitsregierung. Seit 1945 verfügt sie im Storting über eine sichere Mehrheit.

Gegenwärtig hat sie 85 Mandate von 150 besetzt. Dennoch bekam sie 1949 nur 45 Prozent der Wählerstimmen. Die aus der Zeit der Bürgerregierungen stammende Wahlordnung, die 1949 die Arbeiterpartei so stark begünstigte, wurde jedoch während der letzten Stortingsperiode geändert. Eine derartige Überrepräsentation der Arbeiterpartei - oder einer anderen großen Partei - wird nun nicht mehr möglich sein.

Die Arbeiterpartei wird also sozusagen automatisch einige Mandate verlieren, selbst dann, wenn sie einen namhaften Stimmengewinn buchen könnte. Es wird aber selbst bei der bürgerlichen Opposition bezweifelt, daß die Arbeitermehrheit bei den kommenden Wahlen bedroht werden kann: bei dem gleichen Wahlergebnis (in Prozenten) wie 1949 würde die Arbeiterpartei 77 Mandate bekommen und also noch immer die Mehrheit haben.

Die Außenpolitik der norwegischen Regierung wird von allen Parteien des Stortings unterstützt. Sie ist auf die Mitgliedschaft im Atlantik-Pakt ausgerichtet. So spielt sie denn auch im Wahlkampf keine Rolle. Allerdings bemühen sich die in allen Wahlkreisen kandidierenden Kommunisten, Anhänger für ihre "Friedenspolitik" nach Moskauer Wunsch zu gewinnen. (Die Kommunisten waren im jetzigen Storting nicht vertreten, ihre rund 100000 Stimmen fielen 1949 unter den Tisch; es ist möglich, daß sie diesmal aufgrund der neuen Wahlordnung zum Schaden der Arbeiterpartei erfolgreicher sein werden).

Es gibt kaum eine Alternative zu einer neuen Arbeiterregierung. Die Konservativen und die Bauernpartei können als Kern eines etwaigen Bürgerblocks im besten Falle 40 bis 45 Mandate erringen. Die Christ-

liche Volkspartei, eine sehr kleine Gruppe (neun Mandate), ist zwar artisozialistisch, aber hat eine sonst sehr unklare Haltung, während die Liberalen vom Standpunkte der Bürgerblöcker sehr unverlässlich sind; sie unterstützen nämlich zum großen Teile die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Arbeiterpartei und kommen weit eher für eine Koalition mit dieser als für eine mit den bürgerlichen Parteien in Frage.

Die norwegische Arbeiterpartei wird also auch nach dem 12. Oktober an der Macht bleiben.

+ + +

So sorgfältig prüfte Dr. Adenauer !

gr. Das Bonner Landgericht ist gegenwärtig dabei, in einigen Punkten die Aufklärung zu schaffen, die Bundeskanzler Dr. Adenauer und der CDU-Pressedienst während des Bundestagswahlkampfes der Öffentlichkeit schuldig geblieben sind. Was bisher bei diesem Bemühen herauskam, bietet Stoff für mehrere, durchaus spannende Kriminalromane.

In dem Zivilprozeß der beiden SPD-Funktionäre Schroth und Scharley gegen Dr. Adenauer ließ der Prozeßbevollmächtigte des Bundeskanzlers endlich wissen, auf welche Beweise sein Mandant seine Behauptung stützt, daß die Kläger je 10000 M Wahlgelder durch Kuriere des SED-Zentralkomitees erhalten hätten. Die staunende Mitwelt erfährt, daß "ein Beamter der Bundesrepublik", dessen Name aus politischen Gründen aber erst in drei Wochen genannt werden soll, "Quittungen" gesehen habe. Dabei soll es sich aber - wohlgemerkt - nicht etwa um Quittungen von Schroth und Scharley handeln, sondern um die "Meldung" eines SED-Kuriers an das Zentralkomitee der SED, daß er die Ablieferung des Geldes durch einen anderen SED-Kurier - den eigentlichen Geldüberbringer - bei den Empfängern überprüft habe. Nach dem Schriftsatz seines Anwaltes hat Dr. Adenauer dieses ihm vorliegende Material "sorgfältig geprüft und erst aufgrund des eindeutigen Ergebnisses dieser Prüfung seine Angaben gemacht". Daß die "Quittung", die der Beamte gesehen - nur gesehen, nicht beim Kanzler abgeliefert - haben soll, von einem kommunistischen Kurier ausgestellt wurde, demzufolge gefälscht sein kann und nicht im mindesten beweist, daß Schroth und Scharley das Geld erhalten haben, muß dem Bundeskanzler bei seiner sorgfältigen Prüfung entgangen sein.

Wenn wir uns recht erinnern, wurde während des Wahlkampfes allerdings vom CDU-Pressedienst mitgeteilt, Dr. Adenauer werde gegen Schroth und Scharley "dokumentarische Beweise" vorlegen. Aber vielleicht hat es sich da ebenso um eine Falschmeldung gehandelt, wie bei den dpa-Meldungen, daß der Kanzler gegen die einstweiligen Verfügungen in Sachen Schroth und Scharley Widerspruch einlegen werde und daß er gegen beide SPD-Funktionäre Strafanzeige wegen Abgabe falscher eidestättlicher Versicherungen erstattet habe, die ja, wie der überraschte Zeitungsleser vom Prozeßbevollmächtigten des Kanzlers erfahren muß, unrichtig waren und nicht etwa auf Verlautbarungen Dr. Adenauers zurückgehen.

Interessant ist auch die Geschichte mit den gefälschten Fotokopien aus dem SPD-Haus. Die Fotokopien hat der CDU-Pressedienst am 25. August von einem Dr. Dazert, z. Zt. Pension Kirschbühl, Grindelwald / Schweiz, bekommen. Dazert wiederum hat sie von einem "Gewährsmann" erhalten, dessen Zuverlässigkeit sich darin zeigt, daß er eine kommunistische Tarnorganisation gründete und im übrigen den zuständigen Behörden als Dokumentenhändler bekannt ist. Nachdem der verantwortliche CDU-Redakteur nach anfänglicher Aussageverweigerung nun doch seinen Informanten Dr. Dazert genannt hat, können Staatsanwaltschaft und Gericht dem eigentlichen Fälscher der "Dokumente" nunmehr zu Leibe rücken.

Selbstverständlich hat auch der CDU-Pressedienst nur "in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt", was ja schon deshalb richtig sein muß, weil die SPD am 13. August - das Datum ist wichtig - ihr Gelbbuch über die Wahlfinanzierung der Regierungsparteien durch Industriekreise veröffentlichte. Hierauf, so ließ sich der Rechtsanwalt der CDU vernehmen, wurde von verschiedenen CDU-Rednern erklärt, daß auch die CDU Material über die Wahlkampffinanzierung der SPD veröffentlichen werde. Die in Bonn akkreditierten Journalisten hätten dann beim CDU-Pressedienst gefragt, wann denn das geschehen werde. Am 25. August erhielt dann der Leiter des Pressedienstes der CDU, des DUD, "von dem Journalisten Dr. Dazert die Fotokopien der Dokumente, mit dem Auftrage zur Veröffentlichung".

Fast alle diese Neuigkeiten sind nachzulesen in den Schriftsätzen des Prozeßbevollmächtigten der CDU und Dr. Adenauers, nur etwas trockener im Stil, wie es sich bei einem Rechtsanwalt vorstellt.